

WIRTSCHAFTSSYSTEME VS. WIRTSCHAFTSORDNUNG

Wirtschaftssysteme

- o Wirtschaftssysteme sind theoretischer Natur
-> Modelle, Theorien, Leitbilder, ...
- o Zwei Wirtschaftssysteme
 - o Freie Marktwirtschaft (nach Adam Smith)
 - o Zentralverwaltungswirtschaft (nach Karl Marx)
- o Anm.: Das Wort Planwirtschaft erweckt dein Eindruck, dass in der Marktwirtschaft nicht geplant würde. Das stimmt so nicht. Planen tun die Wirtschaftssubjekte, keine Zentralinstanz.

Wirtschaftsordnungen

- o Stellen die Realität dar.
- o Jeder Staat hat und hatte seine eigene Wirtschaftsordnung.
- o Wirtschaftsordnungen orientieren sich am Modell, entsprechen ihm aber nicht.
- o Es gibt praktisch zwei Wirtschaftsordnungen: (s.o.)

Unterschied Marktwirtschaft vs. Zentralverwaltungswirtschaft

MERKMAL	MARKTWIRTSCHAFT	ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT
Planungsordnung	Dezentral	Zentral, durch den Staat
Lenkungsmechanismus	Marktpreis-Bildung	Überwachung, Anordnung, Preisfestsetzung
Eigentumsordnung	Privateigentum an Produktions-Mitteln	Kollektiveigentum an Produktionsmitteln
Motivation	Gewinn-, Nutzen-Maximierung	Planerfüllung

PROBLEM EINER JEDEN MARKTWIRTSCHAFT

Wirtschaftsminister Schiller: "Man kann die Pferde nur zur Tränke führen, saufen müssen sie alleine."

- o Man kann nur Voraussetzungen, Anreize und Veränderte Rahmenbedingungen schaffen.
- o Die Reaktion der Haushalte ist aber nicht steuerbar.

DIE ROLLE DES STAATES IN DER FREIEN MARKTWIRTSCHAFT

- o Der Staat beschränkt sich darauf, rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen.
 - > Garantie des Privateigentums
 - > Garantie der Gewerbefreiheit
 - > Garantie der Vertragsfreiheit
 - > Garantie der freien Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes
 - > Konsumfreiheit
 - > Gewährleistung der inneren Sicherheit
 - > Schaffung eines funktionsfähigen Geldwesens
 - > Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur
- o Keine korrigierenden und ergänzenden Eingriffe!

NACHTEILE DER FREIEN MARKTWIRTSCHAFT

- o Gefährdung des Wettbewerbs durch Konzentration und Kartellbildung
=> Reaktion: UWG, GWG, ...
- o Starke konjunkturelle Schwankungen => Arbeitslosigkeit, Inflation
=> Prozesspolitik (Ablaufpolitik)
=> Regierung versucht, die Ausschläge der Konjunktur zu minimieren.
- o Keine Rücksicht auf Schwache (Auf dem sozialen Auge blind)
=> Sozialpolitik
- o Sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung
=> Verteilungspolitik
- o Extreme Schädigung der Umwelt
=> Umweltpolitik

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ziele der sozialen Marktwirtschaft

- o Vorteile des marktwirtschaftlichen Systems zu erhalten und fördern
- o Schwächen des marktwirtschaftlichen Systems durch gestaltende Staatstätigkeit soweit wie möglich zu kompensieren.

Indirekte Hinweise im Grundgesetz zur freien Marktwirtschaft

- o Gewerbefreiheit: Art. 2 Nr. 1 GG
"Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ..."
 - o Koalitionsfreiheit (Parteien, Verbände, ...): Art. 9 Abs. 3 GG
"Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gestattet."
 - o Freie Berufswahl: Art. 12 Abs. 1 GG
"Alle DEUTSCHEN haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte selbst zu wählen."
 - o Garantie von Privateigentum: Art. 14 Abs. 1 GG
"Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet."
 - o Sozialbindung des Eigentums: Art. 14 Abs. 2 GG
"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."
 - o Sozialstaatsprinzip: Art. 20 GG
"Die BRD ist ein demokratischer und SOZIALER Bundesstaat."
- => Die soziale Marktwirtschaft ist fest verankert in Deutschland.
=> Das Grundgesetz spricht sich nicht explizit für ein Wirtschaftssystem aus, sagt aber: >> Auf keinen Fall Zentral-Verwaltungswirtschaft und auf keinen Fall freie Marktwirtschaft. <<

DIE ROLLE DES STAATES IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

- o Wirtschaftspolitik (Ordnungs-, Struktur-, Prozesspolitik)
- o Sozialpolitik (Soziale: Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden)
- o Marktkonforme Eingriffe
- o Marktkonträre Eingriffe (Mindest-löhne, -preise, Höchstmieten, ...)

BEREICHE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ordnungspolitik

- o Einführung, Erhaltung und Weiterentwicklung der Ordnungselemente als Grundvoraussetzung des Handelns der Einzelnen.
 - o Gestalteten des rechtlichen Rahmens der wirtschaftlichen Entwicklung.
 - o Anpassung des rechtlichen Rahmens an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse und Aufgaben.
 - o Langfristiger Zielhorizont, da viele "Grundsatzentscheidungen".
-
- > Eigentumspolitik
 - > Währungspolitik
 - > Handels- und Gewerbepolitik
 - > Arbeitsmarktordnungspolitik
 - > Umwelt(schutz)politik

Strukturpolitik

- o Bezug auf innere Gefüge und Zusammensetzung der Wirtschaftskraft.
- o Sektorale Strukturpolitik (Branchengefüge der Volkswirtschaft)
- o Regionale Strukturpolitik / Regionalpolitik (Räumliche Verteilung der Wirtschaftskraft)
- o Strukturerhaltungsziele: Verzögerung des natürlichen Strukturwandels
- o Strukturanpassungsziele: Erleichterung von Anpassungsprozessen
- o Strukturgestaltungsziele: Strukturwandel "nach Plan" lenken.

Prozesspolitik

- o (= Ablaufpolitik, Stabilitätspolitik, Stabilisierungspolitik, Konjunkturpolitik, ...)
- o Die Summe aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Beeinflussung des gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsablaufs.
- o Gegenteil vom Nachtwächter: Eingriff in das ökonomische Geschehen!

EIN PAAR WORTE ÜBER ZIELE

Operationalisierung von Zielen

1. Qualitative Konkretisierung
2. Quantitative Konkretisierung
3. Temporale Konkretisierung

Zu 1.: Erfassung des Phänomens über Indikatoren. Gewünscht: Best-Indikatoren. i.d.R. sind nur 2nd-Best-Indikatoren verfügbar.
Beispiel: Arbeitslosenquote für den Beschäftigungsstand,
BIP als Wohlstandsindikator, Verbraucherpreisindex zur Messung der Inflation, ...

Zu 2.: Wann ist das Ziel erreicht? Bei Erreichen einer absoluten oder einer relativen Maßzahl? Nicht zu überschreitende Grenzwerte?

Zu 3.: Zielhorizont / Zeitliche Fixierung: Kurzfristig (unter 1 Jahr) oder Mittelfristig (ein bis fünf Jahre)

Zielbeziehungen

- o Zielneutralität
- o Zielharmonie
- o Zielkonflikt

ZIELE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK / PROZESSPOLITIK

Das Stabilitätsgesetz von 1968:

- o Zwei Teile: Ziele und Instrumente zur Zielerreichung
- o Ziel: Herstellen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- o Konkretisierung in vier Unterzielen:
 1. Preisniveaustabilität
 2. Hoher Beschäftigungsgrad
 3. Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum
 4. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- 5. Plus: Erhaltung der Umwelt
- 6. Plus: Gerechte Einkommensverteilung
- o Magisches Viereck / Vieleck.
- o 5. und 6. sind allgemein anerkannt, aber nicht im Gesetz fixiert.

ZU 2. HOHER BESCHÄFTIGUNGSGRAD

Begründung der Zielsetzung

- o Individuelle Sicht:
 - > Verschlechterung der materiellen Lage
 - > Statusverlust
 - > Verlust an Selbstwertgefühl
- o Politischer Aspekt:
 - > Arbeitslosigkeit gilt als systemgefährdend.
 - > z.B. Hitler konnte nur durch die hohe Arbeitslosigkeit an die Macht kommen!
- o Ökonomische Sicht:
 - > Mehrausgaben (Arbeitslosengeld, Wohnungsgeld, ...)
 - > Weniger Einnahmen (Keine ESt, Weniger Konsum => Wenig MWSt, ...)
- o Opportunitätskosten
 - > Nicht quantifizierbare Alternativkosten

Umschreibung der Vollbeschäftigungssituation

- o Weite Interpretation: Vollausslastung aller Produktionsfaktoren
- o Enge Interpretation: Vollausslastung des Produktionsfaktors Arbeit
- o Maßstab: Vollbeschäftigung gemäß Bundesagentur für Arbeit:
 - > Alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen (Erwerbspersonenpotential) üben eine
 - > Im von ihnen gewünschten Umfang
 - > Den ihnen entsprechenden Voraussetzungen entsprechende
 - > Tätigkeit aus.

QUANTIFIZIERUNG VON ARBEITSLOSIGKEIT

Zahl der Arbeitslosen = Erwerbspersonenpotential - Erwerbstätige
(geschätzt, weil) (geschätzt) (bekannt)

Die Zahl ist geschätzt wegen den VERDECKTEN ARBEITSLOSEN:

- o Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)
- o Teilnehmer an Fortbildungs- und Nachschulungsmaßnahmen (FuN)
- o Teilnehmer an Deutschsprachlehrgängen
- o Empfänger von Vorruhestandsgeld
- o Kurzarbeiter
- o Stille Reserve im engeren Sinne:
 - z.B. Hausfrauen auf der Suche nach einem Nebenjob

Registrierter Arbeitsloser:

- > Steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.
- > Ist dem Arbeitsamt gemeldet.
- > Ist bereit, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen
- > Kann das Arbeitsamt täglich aufsuchen. (Ist erreichbar)
- > Steht vorübergehend in keinem Beschäftigungsverhältnis.
- > Oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung aus.

Registrierte Arbeitslosenquote:

- o $ALQ_{reg} = \text{Registrierte Arbeitslose} / \text{Erwerbspersonen}$
- o $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Registrierte Arbeitslose}$
Die, die arbeiten und die, die arbeiten wollen, aber momentan nicht arbeiten können.
- o $\text{Erwerbstätige} = \text{Abhängig beschäftigte} + \text{Selbstständig Beschäftigten}$

Registrierte Arbeitslosenquote:

- o $ALQ_{reg} = \text{Registrierte Arbeitslose} / \text{Abhängige Erwerbspersonen}$
- o $\text{Abhängige Erwerbspersonen} = \text{Abhängig Beschäftigte} + \text{Registrierte Arbeitslose}$
- > Einziger Unterschied: Keine Selbstständigen mit drin!
- > Bis 1998. Danach Umstellung auf erste Quote. => 1% Senkung (!)

ZU 3. STETIGES UND ANGEMESSENES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

- o Stetig: Gleichmäßig, ohne Sprünge. (Nicht diskret)
- o Angemessen: Mit Rücksicht auf die anderen Ziele und die Schattenseiten des Wachstums
- o Ist das oberste Ziel einer jeden Wirtschaftsform.

Begründung der Zielsetzung

- o Verbesserung der materiellen Güterversorgung
- o Erleichterung bzw. Abfederung des natürlichen, wirtschaftlichen Strukturwandels: Wenn Arbeitsplätze einer Branche verloren gehen, sorgt Wachstum dafür, dass in einer anderen Branche Arbeitsplätze entstehen. ...
- o Entschärfung von Verteilungskonflikten: Ohne Wachstum würde ein Mehr für A ein Weniger für B bedeuten.
- o Höhere Staatseinnahmen, geringere Staatsausgaben
- o Vorziel für die Erreichung eines hohen Beschäftigungsstands. [1]

[1] Jobless Growth / Beschäftigungsschwelle

- > Wachstum fördert grundsätzlich die Beschäftigung.
- > Aufgrund der Manövriermasse der Unternehmen, gibt es aber auch Wachstum ohne Beschäftigungsförderung.
- > z.B. Reorganisation von Unternehmensprozessen
- > Beschäftigungsschwelle: Mindestwachstum, damit die Beschäftigung zunimmt. Zur Zeit ca. 1,4%

Messung des Wirtschaftswachstums

- o Klassischer Indikator: Wachstumsrate des realen BIP
- o Das reale BIP liegt in Zeiten des Aufschwungs und der Hoch-Konjunktur über dem theoretischen, linearen Wachstum.
- o In Zeiten des Abschwungs und des Konjunkturtiefs darunter.
- > Die vier Phasen: Expansion, Boom, Rezession, Depression

Konjunkturindikatoren

o Frühindikatoren

- > Deuten schon frühzeitig einen konjunkturellen Wandel an.
- > z.B. ifo-Geschäftsklimaindex, oder AuftragsEINGÄNGE.
- > Ebenso Exportaufträge, Baugenehmigungen, Kreditzusagen, Rohstoffpreise, ...

o Präsenzindikatoren

- > Gut geeignet zur Beurteilung der aktuellen Lage.
- > z.B. AuftragsBESTAND, Kapazitätsauslastung, Investitionen, Kurzarbeit, Überstunden, Offene Stellen, Spartätigkeit (Staatsausgaben, Zinssätze, ...) ...

o Spätindikatoren

- > Reagieren erst ab ca. 2~3 Monaten auf die veränderte Situation.
- > Klassisches Beispiel: Zahl der Arbeitslosen
 - > Kündigungsfristen, Dauer der Einstellungsverfahren
 - > Manövriermasse der Unternehmen
- > Ebenso: Lohnentwicklungen, Lebenshaltungskosten, Steuereinnahmen

ZU 4. AUSSENWIRTSCHAFTLICHES GLEICHGEWICHT

- > Aus den wirtschaftlichen Beziehungen des Inlands mit dem Ausland erwachsen keine negative Entwicklungen auf die Binnenwirtschaft.
- > Kein Import / Export von Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche und Inflation
- > Also keine "Beggar my neighbour" Politik.
- > Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ist ein Vorziel für die Erreichung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Saldo der Leistungsbilanz als Indikator

o Export >> Import

- > Importierte Inflation
- > Exportierte Wachstumsschwäche
- > Exportierte Arbeitslosigkeit

o Export << Import

- > Exportierte Inflation
- > Importierte Wachstumsschwäche
- > Importierte Arbeitslosigkeit

o Export ~= Import